

Tobias Burdukat, Jörg Kress, Jonas Poehlmann &
andere im Gespräch

Jugendarbeit im Angesicht rechter Sozialpolitik Ein virtuelles Rundgespräch

Redaktion der Widersprüche: Als rechte Sozialpolitik lässt sich die Durchsetzung folgender Strategien und Programme definieren: die Logik einer „exkludierenden Sozialpolitik“, also die Verschiebung des Fokus von Umverteilung auf einen nationalistisch definierten Aus- und Einschluss von Gesellschaftsmitgliedern; die Etablierung eines neuen Chauvinismus und Anti-Genderismus, also der Ausschluss von Lebensentwürfen, die nicht dem angestrebten heteronormativen Modell und nicht einer binären Geschlechterordnung entsprechen; sowie die generelle Reduktion von sozialstaatlichen Leistungen und Angeboten im Bereich der Sorge zugunsten von privatisierten Familienkonstellationen. Zugleich stellt sich die konkrete Ausprägung rechter Sozialpolitik in europäischen Kontexten durchaus unterschiedlich dar.

Wie erfahrt Ihr in Euren Kontexten die zunehmenden rechten und autoritären Einflüsse in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik für die Jugendarbeit? Welche Veränderungen drohen hier aus Eurer Sicht, wenn sich Programme und Strategien rechter Sozialpolitik weiter durchsetzen?

Jonas Poehlmann: In der Landes- und Bundespolitik ist eine zunehmende Stigmatisierung junger Menschen sowie eine Hinwendung zu einer rassistischen, klassistischen und populistischen Politik gegenüber Sozialhilfeempfänger*innen, Migrant*innen, insbesondere jungen Geflüchteten, arbeitslosen und queeren Menschen zu beobachten. Gleichzeitig sind diese Gruppen von zunehmender Ungleichheit und fehlender Chancengleichheit betroffen.

Aufkommunaler Ebene ist ein zunehmender Legitimationsdruck auf Projekte zu beobachten. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich politisch für Demokratie und Menschenrechte positionieren. So erhalten wir Rückmeldungen, dass Anfragen nicht beantwortet wurden, weil sie gegendert waren; dass Projekte

abgelehnt wurden, weil „Demokratie“ im Titel stand oder dass sich Projekte vor dem Stadtrat rechtfertigen mussten, weil sie sich an demokratie- und vielfaltsfördernden Alternativveranstaltungen zu rechtsextremen Montagsdemonstrationen beteiligt hatten. Allerdings werden solche Infragestellungen oft nicht explizit mit dem Einsatz der Projekte für Demokratie und Vielfalt begründet. Die Ablehnungsgründe bleiben damit verdeckt.

Auch offenere Bedrohungen von Projekten und Mitarbeitenden sind zu beobachten, wie z.B. der Vorfall in Leipzig-Paunsdorf, bei dem gezielt Plakate der neonazistischen Partei „Der dritte Weg“ an Jugendeinrichtungen aufgehängt wurden (vgl. Käfer 2023). Darüber hinaus ist eine Zunahme der Angst am Arbeitsplatz zu beobachten, die bei einigen Fachkräften in der Jugendarbeit wegen der Bedrohung zu Überlegungen führt, aus Sachsen wegzuziehen. Insbesondere in den ländlichen Regionen Sachsens ist eine bedarfsgerechte, öffentlich geförderte Jugend- und Jugendsozialarbeit in der Fläche kaum noch vorhanden. In diesen Leerstellen werden private und insbesondere rechtsextreme Akteur*innen aktiv. Ein Effekt, der bereits durch die temporäre Schließung von Jugendclubs und Jugendhäusern während der Corona-Pandemie deutlich wurde (vgl. Agf 2021).

Diese Veränderungen im politischen Diskurs und im Umgang mit Vereinen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, entwickeln sich ohne Regierungsbeteiligung der AfD. Ein Beispiel ist das sogenannte „Genderverbot“ an sächsischen Schulen, das auch von einzelnen demokratischen Parteien unterstützt und mitgetragen wird. Insgesamt ist also eine gesamtgesellschaftliche Diskursverschiebung zu beobachten, die mit einer Normalisierung rechter Einstellungen einhergeht. Diese Einstellungen werden – wenig überraschend – auch von Jugendlichen übernommen.

Tobias Burdukat: In den letzten Jahren konnte man bereits spüren, dass sich, gerade im Bereich der Jugendarbeit, autoritäre Einflüsse wieder normalisieren konnten. Man hatte zunehmend das Gefühl in vergangene Zeiten zurückversetzt zu sein, wo jungen Menschen nicht zugestanden wurde sich individuell zu entwickeln, sondern durch Erwachsene – und zwar durch Männer – klare Bilder transportiert wurden, wie sich junge Menschen entwickeln sollen. Dies spürt man in der Jugendarbeit und noch vielmehr im Rahmen offener Angebote, wo eigentlich mehrheitlich Mädchen aktiv sind. Diese werden nicht als gleichberechtigte Teilnehmer*innen wahrgenommen. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass der Ordnungs- und Kontrollauftrag gegenüber der Jugendarbeit immer mehr herausgestellt wird.

Gerade in ländlichen Regionen hier in Sachsen war das schon in den letzten Jahren der Fall und ist unsere alltägliche Realität geworden. Eine Ursache dafür könnte sein, dass die autoritären Strukturen, wie sie historisch mit der nationalsozialistischen und der sozialistischen Diktatur etabliert waren – ohne nun beide gleichzusetzen –, nie richtig aufgebrochen worden sind. Autoritäre Denkmuster wurden weitergegeben und konnten sich dadurch verfestigen. Der enorme Wegzug in den 1950er/1960er und dann in den 1990er Jahren hat ein politisches und gesellschaftliches Klima geschaffen, das rauer und konservativer bis reaktionärer war als im Westen. Dadurch konnte sich auch die Jugendarbeit und eine liberale Sozialpolitik nicht wirklich entwickeln und entfalten. Dies hat in den letzten Jahren immer wieder zu fundamentalen Einschnitten geführt. Innovative Projekte und auch jugendliche Lebenswelten wurden mit Verboten bekämpft, durch Polizei und Ordnungsmaßnahmen oder – in unserem konkreten Fall – durch stete rechtliche Auseinandersetzungen und offizielle Hetze gegen die Jugendarbeit und die Jugendlichen, welche sich im Rahmen unserer Projekte engagiert haben. Besonders stark wurde dies bei uns vor Ort seit 2019, begann aber schon vorher, als sich Jugendliche ab 2015 verstärkt für Menschen mit Migrationshintergrund engagiert haben.

Es war in all den Jahren nie möglich, hier eine Vermittlung ins Gemeinwesen zu erreichen, da dies von offizieller Seite (Stadtverwaltung, Stadtrat und Bürgermeister) verhindert und blockiert wurde. Dies hat dann während Corona und den Kontaktbeschränkungen noch einmal zugenommen und führte zu einem Rückzug der Jugendlichen.

Durch all diese Erfahrungen habe ich tatsächlich aufgehört darüber nachzudenken, welche Einschnitte noch kommen könnten und versuche lieber für die Jugendlichen, Sozialarbeiter*innen und die Menschen, die an unseren Angeboten teilnehmen wollen, etwas gestalten zu können. Denn gerade Jugendliche werden immer wieder neu von hier fortziehen. Deshalb geht es darum, aus der Situation heute das Beste zu machen. Wir sind jetzt schon mit der offenen Arbeit von der sozialstaatlichen Unterstützung in Teilen und Regionen entkoppelt und von einer unzureichenden Finanzierung und Ausstattung betroffen. Diese ergaben sich in den letzten Jahren durch Landkreisreformen und damit verbundene Kürzungen. Offene Jugendarbeit wird hier als freiwillige Leistung wahrgenommen und ist dadurch als Erste von Kürzungen betroffen, wenn Haushaltsmittel knapp sind. Zusätzlich konnte ich in den letzten Jahren bei Weiterbildungen für Sozialarbeiter*innen und anhand von Befragungen und Analysen feststellen, dass die Offene Jugendarbeit neben einem Legitimationsdefizit auch von einem fachlichen Defizit betroffen ist: Es fällt ihr schwer, den gesellschaftlichen Mehrwert der

eigenen Arbeit herauszustellen.¹ Für unsere sonstigen Angebote der Jugendhilfe (§ 18; § 30; § 31; § 41; § 52 SGB VIII etc.) sehe ich dagegen aktuell noch keine Gefahr und würde mich eher tatsächlich darauf freuen, hier Auseinandersetzungen zu führen, da ich gespannt bin, was eine mögliche Argumentationskette gegen Ansprüche nach dem SGB VIII sein könnte. Vielleicht ist es in diesem Bereich sogar für unseren Gesamtzusammenhang als Soziale Arbeit dienlich, dass hier fachliche Diskussion entstehen.

Jörg Kress: Aktuell sehe ich mein Arbeitsfeld wenig mit explizit rechter Sozialpolitik bzw. mit rechten Interventionen konfrontiert. Rechte Sozialpolitik nehme ich ähnlich wie du, Jonas, nicht nur als explizite Intervention von außen in das Feld der Jugendarbeit wahr (vgl. Schuhmacher/Schwerthelm 2023: 14ff.), wenn wirtschaftsliberale Ziele zum Erhalt oder der Wiederherstellung von Vorrechten der Etablierten und zur Mobilisierung der Opfer- und Leistungsbereitschaft autoritär durchgesetzt werden. Zu rechten Tendenzen in der Sozialpolitik gehören vielmehr in Bezug auf die Jugendarbeit alle administrativen Maßnahmen, die auf die Anpassung des Verhaltens von jungen Menschen an die herrschenden Verhältnisse zielen. Dazu zähle ich auch die offenen Angebote, die sich lediglich auf die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, deren Freizeitgestaltung und auf die Verhaltensregulation mit Kompetenztrainings beschränken und die sozialpolitische Beteiligung junger Menschen an der dienstlichen Ausgestaltung (u.a. Öffnungszeiten und Personalschlüssel) der Angebote ausrichten. Ohne einen sozialpädagogischen Bezug auf das Gemeinwesen bietet eine solche Beschränkung ein Einfallstor für die Instrumentalisierung der Offenen wie der Mobilen Jugendarbeit für ordnungspolitische und präventive Aufträge. Zu solchen restriktiven Aufträgen kann sich eine Praxis nur fachlich verhalten, wenn sie solche Aufträge nicht unmittelbar oder widerwillig umsetzt, und stattdessen selbstbewusst sozialpädagogisch und sozialpolitisch wendet. Die Haltung, Jugendarbeit lediglich als Dienstleistung für Jugendliche – also nicht als das, was Jugendliche, sondern als das, was die Jugendarbeiter*innen machen – zu begreifen, ist meiner Ansicht nach lediglich auf Erhalt – also konservativ – ausgerichtet, wenn auf drohende Haushaltskürzungen mit „der vorwegnehmenden Eingemeindung des Inhaltlichen in das Erwünschte“ (Markard 2016: 241) reagiert wird: Jugendarbeit wird dann nicht als „allgemeine soziale Ressource“ (Böhnisch/Münchmeier 187: 212) begründet, sondern als Angebot zur Prävention und Regulation von abweichen-

1 Im Rahmen einer Sekundäranalyse für die Sächsische Jugendstiftung habe ich dies in einigen ausgewählten Punkten zusammengefasst (vgl. Burdukat 2024).

dem Verhalten. Mit der inhaltlichen Selbstbeschränkung der Jugendarbeit auf Verhaltensregulation drohen „druckvermittelte Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven“ (Schuhmacher/Schwerthelm 2023: 22).

Redaktion der Widersprüche: Auf Jugendarbeit gibt es sozialrechtlich (SGB VIII) keinen Rechtsanspruch. Kinder, Jugendliche und ihre Familien können diese deswegen nicht einklagen. Außerdem versteht sich Jugendarbeit fachlich als offenes und partizipatives Angebot, das auf Selbstbildung und Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen zielt. Ist das Feld der Jugendarbeit damit möglichen Angriffen und politischen Entscheidungen im Sinne einer rechten Sozialpolitik besonders ausgesetzt?

Jonas Poehlmann: Bei dieser Frage ist zunächst einmal klarzustellen: Jugendarbeit ist kein freiwilliges Angebot, sondern eine Pflichtaufgabe. Es gibt aber leider keinen individuellen Rechtsanspruch. Pflichtangebot und individueller Rechtsanspruch sind zwei verschiedene Dinge. Dass das nicht unterschieden wird, beobachten wir auch bei politischen Entscheidungsträger*innen. Die Gefahr ist daher groß, dass eine als „freiwillig“ interpretierte Leistung schneller gestrichen wird, wie Tobias bereits argumentiert hat.

Im § 79 SGB VIII steht, dass ein angemessener Anteil der Mittel für Jugendarbeit zu verwenden sei. Diese Formulierung lässt Interpretationsspielraum, der sowohl politisch als auch durch Verwaltungshandeln sehr unterschiedlich ausgestaltet wird, weshalb immer neu um eine der tatsächlichen Bedarfe entsprechende Finanzierung gekämpft werden muss (siehe dazu das Rechtsgutachten: Kepert 2022).

Ob gezielt durch rechte Programme und Strategien oder einfach durch aktuelle und bereits in den letzten Jahren umgesetzte Sparmaßnahmen, die Mobile Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit stehen massiv unter Druck. Stellenabbau, fehlende Weiterfinanzierung, befristete Stellen und damit ein Verlust an Fachlichkeit sind die Folgen.

Jugendarbeit ist prekär ausgestattet und ohne verbindliche Kontinuität gefördert. In Sachsen wird der Pflichtaufgabe einer Finanzierung und Bereitstellung von Angeboten der Jugendarbeit nicht ausreichend nachgekommen, auch weil das Land Gestaltungsspielräume durch das Landesjugendhilfegesetz nicht nutzt (vgl. Rechtsgutachten, s.o.). Das sorgt in der Summe dafür, dass Jugendarbeit kontinuierlich unter Druck steht.

Hinzu kommt auf der praktischen Ebene, dass sich die Lebenswelt der Jugendlichen, geprägt durch die Corona-Maßnahmen, über einen langen Zeitraum weitgehend digital und tendenziell isoliert von Gruppenaktivitäten abgespielt

hat. Junge Menschen müssen daher erst wieder lernen, in Gruppen aktiv zu sein und ihnen muss der Zugang zu Gruppen ermöglicht werden. Dabei spielen die Begleitung und die Bereitstellung von Räumen eine zentrale Rolle. In den Konzepten von Mobiler Jugendarbeit und Offener Kinder- und Jugendarbeit muss außerdem das „Digitale“ bzw. die digitale Transformation mitgedacht werden, jedoch nicht auf Kosten der analogen Verfügbarkeit und lokalen Präsenz. Wir sehen die Gefahr, dass die Fokussierung auf „digitale Lebenswelten“ und der Mythos, im digitalen Raum alle erreichen zu können, zu weiteren finanziellen Einschnitten führen kann und so im Ergebnis viele junge Menschen nicht mehr erreicht werden.

Schließlich beobachten wir eine Tendenz zur Entgrenzung der Arbeitsfelder. Diese Entwicklung gefährdet aus unserer Sicht fachliche Standards und Arbeitsprinzipien. Kritisch sehen wir hierbei insbesondere den Trend, dass Jugendarbeit zunehmend in Schulen stattfindet bzw. im schulischen Kontext verortet ist. Jugendarbeit im Kontext Schule widerspricht aber dem offenen, partizipativen und freiwilligen Ansatz von Jugendarbeit, zumindest im derzeitigen System Schule. Ein Effekt dieser Entwicklung ist, dass der Zugang zur Jugendarbeit damit an einen Leistungsgedanken geknüpft werden kann: Wer nicht zur Schule geht, hat auch keinen Anspruch auf Angebote der Jugendarbeit. Zudem besteht die Gefahr, dass sich Jugendarbeit selbst schwächt, wenn sie der vereinfachten Logik folgt, dass in und durch Schule ja alle erreicht werden und es keine außerschulischen Angebote mehr benötigen.

Darüber hinaus gibt es auf Bundesebene konzeptionelle Bestrebungen, die Offene Kinder- und Jugendarbeit mit aufsuchenden Ansätzen aus den – aufgrund der oben beschriebenen Entwicklungen deutlich leerer gewordenen – Jugendhäusern herauszuholen, um mit Hilfe aufsuchender Arbeit wieder mehr Kontakte und Fallzahlen vorweisen zu können. Diese Entwicklung ist unter anderem auch ein Produkt unklarer wissenschaftlicher Definitionen (vgl. Deinet/Krisch 2021), die den aktuellen Fachdiskurs der einzelnen Handlungsfelder nicht ausreichend berücksichtigen. Solche Tendenzen einer Entgrenzung von Handlungsfeldern sehen wir äußerst kritisch. Dies führt nicht nur zu einer Aufweichung etablierter und wirksamer Konzepte und Prinzipien, sondern macht es politischen Akteur*innen eher leichter, Zusammenlegungen und damit Kürzungen von Angeboten der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit in der Fläche zu argumentieren. Leidtragende sind einmal mehr die jungen Menschen, die noch weniger Zugang zu den Angeboten haben werden.

Rechte Politik steht nicht für Selbstbildung und Selbstbestimmung, die Akzeptanz einer Jugendphase, freie Experimentierräume und die Entwicklung eines

eigenen Meinungs- und Weltbildes. Damit steht Jugendarbeit im Widerspruch zu neoliberaler Leistungsorientierung und rechter Gesellschaftsideologie.

Jörg Kress: Gerne bestärke ich den Punkt, den Jonas macht. Beim diesjährigen Bundeskongress Kinder- und Jugendarbeit in Potsdam wurde bei der Auftaktveranstaltung und im Verlauf des Kongresses nochmals mehrfach hervorgehoben, dass die OKJA kein „nice to have“, sondern eine Pflichtleistung ist. 2013 hat beispielsweise der Landesjugendhilfeausschuss in Rheinland-Pfalz in einer Stellungnahme Jugendarbeit im Rahmen der Planungsverantwortung mit Verweis auf § 80 SGB VIII (Abs. 1, Satz 2) zu einer Pflichtaufgabe der örtlichen Träger erklärt (vgl. Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2013). Im 2. Kinder- und Jugendbericht von Rheinland-Pfalz wird Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit auch als wichtiger Teil der sozialen Infrastruktur definiert (vgl. Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2015).

Demnach besteht also zwar kein individuell einklagbarer Rechtsanspruch auf Angebote der Jugendarbeit, jedoch die Pflicht – auch zur Jugendhilfeplanung. Wie diese dann in der Kommune gestaltet wird, hängt nicht nur von den zur Verfügung gestellten Ressourcen, sondern auch davon ab, ob Jugendhilfeplanung als Querschnittsaufgabe des Jugendamtes begriffen wird und in die alltägliche Praxis so integriert ist, dass die Beteiligung der jungen Menschen gewährleistet ist. Die partizipative Berücksichtigung der „Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und der Erziehungsberechtigten“ (§ 80 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII) und „Vorsorge zu treffen, dass auch ein unvorhergesehener Bedarf befriedigt werden kann“ (ebd. Satz 3), ist in der konsequenten planerischen Ausgestaltung der kommunalen Kinder- und Jugendförderung eher die Ausnahme. Schuhmacher und Schwerthelm (2023: 14ff.) unterscheiden zwischen politischen Interventionen von außen und den Vorgaben mittels administrativer Steuerung der Jugendarbeit von innen und betonen, dass beide in einem Zusammenhang stehen und die Grenzen „oft auch verwischen“ (ebd.: 14). Aktuell stehen überwiegend Träger und Einrichtungen der Jugendarbeit unter rechtem Interventionsdruck, die sich auch „um die Verbesserung der Lebensumstände ihrer Adressat:innen bemühen.“ (ebd.) Wie stark politische Interventionen in die administrative Steuerung hineinwirken (können), ist regional sehr unterschiedlich ausgeprägt und hängt von der diskursiven Anschlussfähigkeit an rechte Narrative und Etikettierungen ab, wie Jugendarbeit begründet wird.

Tobias Burdukat: An dieser Stelle möchte ich nochmals an meine vorgenannten Ausführungen anknüpfen, denn ich denke, dass diese Frage nicht eindeutig geklärt ist. Grundsätzlich hat jeder junge Mensch nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Anspruch auf Leistungen, wie Jonas und Jörg auch schon betont haben. Das Problem liegt hier eher in der kommunalen Selbstverwaltungslogik und dem Subsidiaritätsprinzip. Nicht jede Kommune hat ein eigenes Jugendamt, also eine Fachbehörde, und entscheidet dann natürlich nach politischer Motivation oder finanziellen Mitteln, ob sie sich Jugendarbeit und Angebote für Jugendliche „leisten möchte“ – getreu dem Motto: ‚Wo kein Kläger oder keine*r, die*der auf seine Ansprüche pocht, da auch kein Richter‘.

Jenseits dieser formalrechtlichen Frage, ist aber Eure zweite Frage, ob Jugendarbeit besonders Angriffen im Kontext der Versuche ausgesetzt ist eine rechte Sozialpolitik zu etablieren von einiger Bedeutung: Meines Erachtens könnte Jugendarbeit junge Menschen vernetzen und müsste junge Menschen stärken, damit sie selbst für ihre Ansprüche eintreten. Dafür müsste sie allerdings einen Schritt zurücktreten und auf Emanzipation und Empowerment der Jugendlichen setzen, statt stetig von ihrem ‚Mandat‘ Gebrauch zu machen, also stellvertretend für Jugendliche sprechen zu wollen. Jugendarbeit müsste junge Menschen im Sinne der gesellschaftlichen Mitverantwortung und Eigenständigkeit befähigen (§ 11 SGB VIII), selbst die Stimme für ihr Bedürfnisse und Ansprüche zu erheben. Ob Jugendarbeit in ihrer heutigen Form dazu überhaupt in der Lage ist, ist eine empirische Frage, die wir dringend untersuchen müssen.

Die aktuelle Gefahr besteht aus meiner Sicht darin, dass es wieder zu Jugendarbeitsstrukturen wie in den 1990er Jahren kommen kann, innerhalb derer reaktionäre und menschenfeindliche Einstellungen toleriert und akzeptiert wurden. Jugendarbeit als Teil von Sozialer Arbeit ist daher in der Pflicht, deutlicher herauszustellen, dass das nicht mit ihren Grundsätzen vereinbar ist.

Redaktion der Widersprüche: Jugendliche sind, so legen es Jugendstudien in jüngerer Zeit immer wieder nahe, mehrheitlich Demokratie-Befürworter*innen. Zugleich steigt die Zahl derer, die Parteien wählen, die für eine rechte Sozialpolitik stehen, unter Jugendlichen überdurchschnittlich an. Was heißt das aus Perspektive der Jugendarbeit – und was heißt das für die Jugendarbeit?

Jörg Kress: In Hamburg konnte ich bei der Tagung aus Anlass der Absage des Jugendhilfetages vor 50 Jahren Franz-Josef Krafeld auf seinen Entwurf einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen ansprechen. Er sagte mir sinngemäß, dass das Wesentliche für ihn sei, mit jungen Menschen so zu arbeiten, dass

in deren Leben z.B. die rechte Ideologie, ein problematischer Konsum usw. nicht an erster Stelle steht, sondern dass andere Themen oder Probleme hervorgehoben und mit ihnen bearbeitet werden. Sozialpädagogik will demnach junge Menschen in ihren Lebensbezügen wahrnehmen und unterstützen, an Neuem anzuknüpfen, mit Altem zu brechen sowie erlebbar machen, dass aktuell in ihrem Leben offensichtlich etwas für ein gutes Leben fehlt und was es ist. Theoretisch ausgedrückt geht es in einer so verstandenen nicht-didaktisierten Politischen Jugendbildung um die praktische Realisierung der je eigenen Lebenslage und Lebensposition, um in Kooperation mit anderen, die schon jetzt vorhandenen oder neuen Möglichkeitsräume zu erschließen oder zu erhalten. Rauman eignung bezieht sich so gesehen auf das Subjekt-Welt-Verhältnis in seinen vermittelten Bezügen.

Rechte Sozialpolitiken appellieren dagegen unvermittelt an die Opferbereitschaft der Menschen („Für Volk und Vaterland“), während neoliberale Sozialpolitiken die Leistungsbereitschaft adressieren („Jede*r ist ihres/seines Glückes Schmied“). Das Interessante ist, dass von neoliberalen bis hin zu extrem-konservativen und rechten Positionen für eine exklusive Zugehörigkeit argumentiert wird, also auf Kosten anderer. Im Gespräch mit Melanie Groß (FH Kiel) beim Bundeskongress in Potsdam wurde Thema, dass junge Antifaschist*innen, queere Menschen und junge PoC als Opfer rechter Übergriffe / Opfer rechter Politik eher Opfer rechter Sozialpolitik und weniger Bezugsgruppe und Subjekte der Jugendarbeit sind: So wie rechte Jugendliche auf ihr störendes Verhalten reduziert werden, fallen die Bedarfe und Bedürfnisse der Opfer rechter Gewalt immer wieder hinten runter und ihren Schutzräumen in der Jugendarbeit werden die Mittel gekürzt.

Tobias Burdukat: Jugendarbeit hat es flächendeckend nicht geschafft, sich der tatsächlichen Bedürfnisse junger Menschen anzunehmen. Die Probleme junger Menschen wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu wenig berücksichtigt und dies hat zu einer enormen Frustration unter Jugendlichen geführt. Dabei ist festzustellen, dass sich Jugendliche gerade in ländlichen Räumen, anders entwickeln und andere Möglichkeiten und Angebote vorfinden als im städtischen Kontext. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Angeboten, die Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund bewusst im Blick haben. Auch hier ist die Angebotsstruktur – insbesondere im ländlichen Raum – nicht hinreichend. Jugendarbeit, wo sie noch vorhanden ist, muss sich endlich den Lebenswelten der Jugendlichen wieder deutlicher annähern und sich mit ihren Bedürfnissen und Wünschen expliziter auseinandersetzen. Tut sie dies nicht, wird auch zunehmend ihre Legitimation verschwinden und in den Hintergrund rücken.

Ein besonders eindrückliches Beispiel begegnete mir im Rahmen einer Sekundäranalyse, die ich im Jahr 2023 für eine Befragung unter sächsischen Fachkräften der Jugendarbeit erstellt habe. In dieser Auftragsarbeit für die Sächsische Jugendstiftung musste ich feststellen, dass nur 31% der befragten Fachkräfte Digitalisierung und Medienbildung in ihrer Praxis als wichtiges Thema einschätzen. Studien stellen dagegen fest, dass 99% aller 14- bis 24-Jährigen täglich das Internet und Soziale Medien nutzen. Hier muss sich Jugendarbeit die Frage gefallen lassen, ob sie tatsächlich noch Teil der Lebenswelt junger Menschen ist oder überhaupt ein Verständnis dafür aufbringen kann (vgl. Burdukat 2024: 18f.). Diese Feststellung ist leider auch für andere Themenbereiche zu treffen. Jugendarbeit muss sich zwingend verändern, um junge Menschen überhaupt noch in ihrer Lebenswelt zu erreichen. Tut sie das nicht, werden Jugendliche für ‚alternative‘ Angebote wie radikal-reaktionäre und auch religiös-fundamentalistische Ideen empfänglicher. Schließlich werden hier Versprechen einer Identitätsstiftung formuliert und Jugendlichen suggeriert, dass sie ernst genommen werden und sie etwas für ‚ihresgleichen‘ tun können.

Jugendarbeit ist nicht die Lösung für alle unsere gesellschaftlichen Problematiken und Verwerfungen, aber sie könnte ihren Teil dazu beitragen, dass junge Menschen durch Eigenständigkeit und Selbstständigkeit Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. An sich ist das nichts anderes als das, was der § 11 SGB VIII formuliert. Scheinbar haben wir es als Jugendarbeiter*innen und Dozierende hier auch verpasst, dies im besonderen Maße herauszustellen.

Jonas Poehlmann: Junge Menschen sind in einer alternden Gesellschaft per se eine Minderheit und gesellschaftlichen Erwartungen und Konformitätsdruck ausgesetzt. Jugendliche können auch aufgrund fehlender Wahlberechtigung selten an politischen Entscheidungen mitwirken oder darauf Einfluss nehmen. Jugendliche sind dazuhin mitbetroffen von aktuellen politischen Kampagnen, wie denen gegen das Bürgergeld und erwerbslose Menschen. Schließlich sind knapp ein Viertel aller Bürgergeldempfänger*innen schulpflichtige Kinder, in Sachsen sind 10,6% aller schulpflichtigen Kinder betroffen (vgl. Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen 2024). Damit findet eine Stigmatisierung junger Menschen statt, der sie nicht entkommen können, die für sie aber nachhaltig prägend ist. Gleichzeitig hat sich die Lebenswelt junger Menschen durch die Klimakrise, die Corona-Pandemie, gegenwärtige Kriege und die Energiekrise rasant verändert. Über mehrere Jahre ihres Aufwachsens wurden Jugendliche wechselseitig als Gefahr stilisiert, wenn wir an die öffentlichen Debatten in Bezug auf die jungen Klimabewegungen denken – sei es nun, weil der Protest der *Fridays for Future*

Bewegung infantilisiert wurde oder weil Jugendliche zu einer Hauptansteckungsquelle für Covid 19 stilisiert wurden. Positive Erfahrungsräume von Mitsprache und Beteiligung waren gerade in diesen Zeiten für Jugendliche selten.

Das Angebot autoritär-populistischer Parteien, vermeintlich einfache und schnelle Lösungen für die vielfältigen Krisen anzubieten, indem sie mit autoritären und ordnungspolitischen Strukturen gegen Minderheiten, Migrant*innen sowie queere Menschen vorgehen, erscheint in einer als zunehmend komplex wahrgenommenen Welt äußerst attraktiv.

Auch wenn Jugendliche – insbesondere in den ländlichen Regionen Sachsens – vielerorts von Strukturen und Zugangschancen zum gesellschaftlichen Leben abgekoppelt sind, wachsen sie nicht losgelöst von der Erwachsenenwelt und deren Erfahrungen und politischen Einstellungen auf. Rechte Einstellungen und Narrative sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit werden von Eltern, Bezugspersonen und in sozialen Medien aufgenommen und reproduziert.

Aufgabe der Jugendarbeit ist es aus meiner Sicht daher, dies immer wieder deutlich zu machen, populistische Programme als Ablenkungsstrategien zu entlarven und für tatsächliche Interessen junger Menschen einzutreten.

Für die Mobile Jugendarbeit und die Jugendarbeit insgesamt ergibt sich daraus der Auftrag, rechte und antisoziale Narrative gemeinsam mit den jungen Menschen zu dekonstruieren, ihnen zu widersprechen und Reflexionsräume für einen Perspektivwechsel anzubieten – Räume, die aufgrund der hegemonalen Dominanz rechter Haltungen andernorts kaum vorhanden sind. Vor allem im Angesicht der stark polarisierten und populistischen Diskurse braucht es für eine solche konstruktive Auseinandersetzung eine stabile pädagogische Beziehung zu den Adressat*innen, die Widerspruch und Gegenrede aushält. Befristete Stellen, Stellenkürzungen und unklare Perspektiven der Weiterfinanzierung verhindern zugleich den Aufbau solcher stabiler pädagogischer Beziehungen.

Redaktion der Widersprüche: Wo hat Jugendarbeit die Möglichkeit, Demokratieerfahrungen zu eröffnen und zu vermitteln? Gibt es in der Jugendarbeit ein Verständnis für politische Zusammenhänge und ein entsprechendes Engagement – oder reduziert sich Jugendarbeit selbst auf Freizeit- und Betreuungsangebote?

Tobias Burdukat: Jugendarbeit reduziert sich leider viel zu oft auf Freizeit und Betreuungsangebote. Die politischen Zusammenhänge werden viel zu wenig in den Vordergrund gerückt, da hier auch eine Übersetzungsleistung notwendig ist. Denn es liegt nicht unbedingt auf der Hand, was die Repressionen gegenüber Jugendlichen und auch deren zunehmende Radikalität und eine immer „krasser“

werdende Jugend mit dem Großen und Ganzen zu tun hat. Jugend wurde historisch ja immer wieder als immer „krasser“ und immer „schlimmer“ beschrieben.

Demokratieerfahrungen sind im Grunde nichts anderes als die Erfahrungen von politischer Handlungsfähigkeit. Unser aktuelles System erweist sich dafür leider immer wieder, vor allem auf administrativer Ebene, als zu träge. Jugendliche brauchen aber positive Erfahrungen der Mitbestimmung und der unmittelbaren Veränderungsmöglichkeit – und können nichts mit Resultaten aus der zuständigen kommunalen Baubehörde in fünf Jahren anfangen, denn dann sind sie vielleicht gar nicht mehr vor Ort und brauchen auch keine Überdachung mehr an ihrer Sitzzecke, wo sie abhängen und für die sie einmal kommunalpolitisch gestritten haben. Was wir also brauchen, ist ein anderer Gestaltungsrahmen für Jugendarbeit, um gemeinsam mit Jugendlichen politische Wirkmächtigkeit im Rahmen demokratischer Spielregeln zu erproben und vor allem um auch mal Erfolgserlebnisse zu haben.

Jonas Poehlmann: Wenn keine professionelle Haltung und keine professionelle Selbstreflexion zugrunde liegen und wenn die Fachkräfte der Jugendarbeit ihre Arbeit nicht auch als politische Arbeit verstehen, und damit Jugendliche auch zur politischen Partizipation befähigen wollen, dann wird Jugendarbeit nurmehr zu einem Betreuungsangebot, ist aber keine professionelle Jugendarbeit mehr. Das Konzept der Mobilen Jugendarbeit bezieht sich auf klare fachliche Standards, ein professionelles Rollenverständnis, auf Handlungsprinzipien, eine demokratische und menschenrechtliche Grundhaltung sowie etablierte Handlungsmethoden (Einzelfallhilfe, Gruppenarbeit, aufsuchende Arbeit und Gemeinwesenarbeit).

Mobile Jugendarbeit bietet die Möglichkeit, politische Partizipation zu erlernen und in einem geschützten Rahmen zu erproben, Demokratie vor allem als Lebensform zu begreifen, Beteiligung, Streit und Aushandlung erfahrbar zu machen, Verantwortung zu übernehmen und zu lernen, sich selbst zu vertreten. Mobile Jugendarbeit kann dies insbesondere durch die Prinzipien der Freiwilligkeit, der anwaltschaftlichen Vertretung, der parteilichen Haltung im Sinne der Jugendlichen und der Gemeinwesenarbeit als elementarer Säule des Handlungsfeldes.

Im Unterschied zu Deiner prinzipiellen Einschätzung, Tobias, sehe ich sehr wohl, dass Jugendarbeit auch Schutzräume, Treffpunkte und Orte politischer Selbstorganisation für Betroffene anbieten kann, die zur Zielscheibe rechter und autoritär-populistischer Politik werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber auf alle Fälle, dass es für die Jugendarbeit kein „Neutralitätsgebot“ politischer Bildung gibt. Vielmehr muss sich Jugendarbeit bzw. Soziale Arbeit fachlich und politisch begründet gegen antidemokratische Entwicklungen und Akteur*innen

positionieren und sich zum Schutz von Minderheiten und ausgegrenzten Gruppen für deren Grundrechte einsetzen.

Jörg Kress: Als 2012 in der Kommunalverwaltung die Idee aufkam, unser Jugendzentrum mit einem Anderen zusammen zu legen, um Synergieeffekte zu erzielen – also faktisch das Haus zu schließen, habe ich viel über die sozialpädagogische Begleitung von Demokratieerfahrungen gelernt. Von sich aus kamen die Jugendlichen nicht darauf, sich politisch zu engagieren, weil ihnen die Strukturen (z.B. Jugendhilfeausschuss und Jugendrat) und die bestehenden Handlungsmöglichkeiten und -grenzen (z.B. im Stadtrat das Rederecht beantragen) nicht klar waren. Das Team half und sorgte dafür, dass sich die Jugendlichen orientieren konnten. Wir arrangierten alles mit den Jugendlichen so, dass einige die Initiative übernahmen, andere einfach mitmachten und dabei waren. Das Engagement der jungen Menschen hatte über die Monate solch eine Wirkung, dass am Ende lediglich am Personal eine halbe Stelle gespart wurde.

Unter den jungen Menschen entstand damals eine kämpferische und optimistische Stimmung. Auffällig war zugleich die Neigung, in kontroversen Diskussionen relativ schnell eine Kampfabstimmung einzuberufen und mittels Stimmung Mehrheiten herzustellen. Das Team ironisierte das entsprechende Abstimmungsverhalten und regte an, sich mehr miteinander abzustimmen, die Argumente der Gegenseite bzw. der Minderheit nachzuvollziehen, um so nach Möglichkeit zu einem gemeinsamen Konsens zu gelangen. Es gab immer mal wieder einen „Rückfall“ in die hektische Mehrheitssuche durch Kampfabstimmungen. Entstanden sind dennoch basisdemokratische Erfahrungsräume.

Dennoch ist eine strukturelle Schwierigkeit, dass sich Angebote der OKJA und MJA oft lediglich an Kinder und Teenager richten, weil die Räume für die Zielgruppe zuvor schon für sie schön eingerichtet wurden, aber auch, weil die Arbeitszeit der Mitarbeiter*innen gerade noch so familienfreundlich ist, wenn um 19 oder 20 Uhr Feierabend ist und am Wochenende sowie feiertags das Haus geschlossen bleibt. Zudem fallen die Abendangebote für Heranwachsende oft der Kooperation mit Schulen zum Opfer. Um die Jugendräume in den Stadtteilen mit jungen Menschen zu füllen, werden stattdessen nachmittags Spielangebote für Kinder eingerichtet.

Wenn diese Spieletreffs für Kinder dann unter dem Begriff Mobiler Jugendarbeit geführt werden, geht verloren, dass Jugendliche und Heranwachsende ganz andere Bedarfe und Bedürfnisse als Kinder haben und demnach einer ganz anderen entwicklungspädagogischen Förderung und einer anderen Einrichtung und Raumlage sowie anderer Bezugspersonen als ihre jüngeren Geschwister bedürfen.

Ähnlich verhält es sich in Jugendzentren, wenn sich Cliques oder Szenen von außen das Haus aneignen. Dann kommen keine anderen jungen Menschen mehr.

Eine bestenfalls altersdiverse Gruppe, die sich über die Jahre in der Einrichtung konstituieren kann, ist dagegen notwendigerweise offen, weil immer mal wieder Leute langsam herein- und herauswachsen bzw. nur noch gelegentlich kommen. Solche ehemaligen Hausbesucher*innen sind aber wichtige Multiplikator*innen, weil sie Erzählungen und Geschichten verbreiten, die im halböffentlichen Raum nicht unbeachtet bleiben. Es geht letztlich darum, die Selbstregulationskräfte der Gruppen so zu unterstützen, dass der Jugendtreff das Haus in der Stadt wie der Club im Stadtteil oder im Dorf von den Mitgliedern in Selbstverwaltung geführt wird und die MJA beratend und unterstützend bei der Konfliktlösung und der Problembearbeitung behilflich ist.

Redaktion der Widersprüche: Wo findet Jugendarbeit selbst in der (kommunalen) Sozialpolitik einen Ort? Und sucht sie sich diesen als (sozial)politische Akteurin?

Tobias Burdukat: Das ist eine schwierige Frage, denn dies kann von Kommune zu Kommune und Landkreis zu Landkreis vollkommen unterschiedlich aussehen und setzt meist auch einen Willen der Kommunalpolitik voraus. Ich kann mich an eine Zeit erinnern – so zwischen 2005 und 2015, wo tatsächlich mehr Raum für Jugendarbeit in der Kommunalpolitik war. Auch heute findet man noch Beispiele, wo Jugendarbeit diese Rolle einnimmt. Bei uns ging es damals vielmehr darum, wie man den Wegzug von jungen Menschen stoppt, was allerdings illusionär ist.

Jugendarbeit war aber in der jüngeren Vergangenheit manches Mal zu stark mit sich selbst beschäftigt – so anlässlich der Kürzungen um 2010 – und hat sich meiner Meinung nach aus der kommunalen Sozialpolitik verdrängen lassen. Dies ist passiert, da auch oftmals Trägerinteressen vor fachlichen Interessen und vor allem vor den Interessen von Jugendlichen standen. In anderen europäischen Ländern findet man in noch so entlegenen Regionen frei verfügbare Angebote für Jugendliche, hier muss man diese suchen und findet diese größtenteils nicht.

Jonas Poehlmann: Wir begreifen Mobile Jugendarbeit als Teil der Jugend- und Jugendsozialarbeit und hier als politische Akteurin, die sich anwaltschaftlich für die Lebenslagen, Bedarfe und Interessen von jungen Menschen einsetzt. Dabei arbeiten wir an einem Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen, sowohl innerhalb unserer jeweiligen Projekte vor Ort als auch in politischen Gremien und Strukturen, in denen Entscheidungen getroffen werden, welche junge Menschen und deren Lebenswelt betreffen.

So agiert der Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. als Zusammenschluss der Fachkräfte Mobiler Jugendarbeit in landespolitischen Gremien und Netzwerken. Wir gehen aktiv in kommunal- und landespolitische Gremien und bringen insbesondere in den Jugendhilfeausschüssen unsere Expertise ein, um ein lebensweltliches Verständnis für junge Menschen zu vermitteln. Wir bieten Fortbildungen und Beratungen zur Kommunikation mit politischen Akteur*innen an, zum Beispiel zur „progressiven Kommunikation“ und sind in vielen Netzwerken aktiv, die sich für die Stärkung von Jugendarbeit, von Teilhabe junger Menschen am politischen und gesellschaftlichen Leben und gegen rechtspopulistische Politik und Vereinnahmung organisieren.

Gleichzeitig sehen wir noch Nachholbedarf in der Praxis der Jugendarbeit und generell der Sozialen Arbeit, was das professionelle Selbstverständnis angeht, über den direkten Kontakt mit den Adressat*innen hinaus politisch zu agieren. Die aktive Mitarbeit in Jugendhilfeausschüssen, in politischen Gremien, der Transfer der Lebenswelt in die Politik und in diesen Gremien, zu denen Jugendliche keinen Zugang haben, auch unbequem zu sein, um die Interessen der Jugendlichen zu vertreten, sollte neben der Beziehungsarbeit präsent sein.

Bei all diesen Anforderungen an die Jugendarbeit darf aber nicht vergessen werden, dass ein wachsendes Aufgabenspektrum gegenwärtig mit immer weniger Stellen und Stellenanteilen einhergeht und die Fachkräfte häufig schon mit der Bewältigung des Alltagsgeschehens in ihrer Arbeit mehr als ausgelastet sind. An dieser Stelle geht es auch um Trägerverantwortung, den eigenen Fachkräften Zeit und Ressourcen für (fach-)politische Arbeit zur Verfügung zu stellen und sie bei Bedrohungen, sei es durch drohende Kürzungen oder durch rechtsextreme Akteur*innen, durch klare Positionierung und Haltung zu unterstützen.

Jörg Kress: Jugendarbeit hat vor allem ihren Ort in der Sozialpolitik, wenn sie dafür sorgt, dass junge Menschen „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe [...] in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form“ (§ 8 SGB VIII) an der Jugendhilfeplanung beteiligt werden. Dazu ist es notwendig, dass Jugendarbeiter*innen ihre Erwerbsarbeit nicht nur als Dienstleistung für junge Menschen, sondern Jugendarbeit auch als diskursmächtige Förderung der sozialpolitischen Partizipation von jungen Menschen an der administrativen Steuerung selbiger verstehen. Wo es nicht gelingt, Jugendarbeit als sozialpolitisch wirksame Akteurin zu betreiben, dort ist sie auch anfälliger für autoritär-neoliberale administrative Steuerung und/oder politische Interventionen aus dem rechten Spektrum.

Literatur

- Agif – Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. 2021: „Niemanden allein lassen. Ein Policy Paper für die Jugendarbeit. Online unter: [https://www.mja-sachsen.de/wp-content/uploads/2021/06/Saechsische-Landjugend-e.V.-AGJF-Arbeitsgemeinschaft-Jugendfreizeitstaetten-Sachsen-e.V.-et-al.-Hg.-2021-Niemanden-allein-lassen.pdf] Letzter Zugriff: 19.12.2024
- Burdukat, Tobias 2024: Frag die Jugendarbeit. Sekundäranalyse im Auftrag der Sächsischen Jugendstiftung. Online unter: [https://www.saechsische-jugendstiftung.de/files/sjs/dokumente/jugendarbeit/Frag%20die%20Jugendarbeit_Sekundaeranalyse%20zur%20Bedarfserhebung.pdf] Letzter Zugriff: 09.12.2024
- Böhnisch; Lothar/Münchmeier, Richard 1987: Wozu Jugendarbeit? Orientierungen für Ausbildung, Fortbildung und Praxis. Weinheim; München
- Deinet, Ulrich/Krisch, Richard 2021: „Mobile, aufsuchende, herausreichende Ansätze in der Offenen Jugendarbeit.“ In Deinet et al. (Hg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig neugest. Auflage, Wiesbaden, 1149-1153
- Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen 2024: Empfängerquoten der Leistung der Grundsicherung (SGB II) für Kinder unter 15 Jahre nach Bundesländern (nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte) 01/2024. Online unter: https://www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Sozialstaat/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIII103.pdf] Letzter Zugriff: 19.12.2024
- Käfer, Jan 2023: Neonazi-Partei mit Plakat-Attacke auf Paunsdorfer Jugendeinrichtungen. In: Leipziger Zeitung am 17.08.2023. Online unter: [https://www.l-iz.de/leben/gesellschaft/2023/08/neonazi-partei-plakat-attacke-paunsdorf-jugendeinrichtungen-549928] Letzter Zugriff: 19.12.2024
- Keper, Jan 2022: Rechtsgutachten zur Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII im Freistaat Sachsen – Landesrechtliche Regelungsmöglichkeiten zur Umsetzung der mit Art. 1 des KJSG erfolgten Rechtsänderungen unter Berücksichtigung der Planungs- und Finanzierungsverantwortung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe. Online unter: [http://www.agif-sachsen.de/files/Downloads-Dokumente/2022/rechtsgutachten_sachsen_keper.pdf] Letzter Zugriff: 19.12.2024
- Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz 2013: Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe! Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses vom 25. Februar 2013. Online unter [https://lsjv.rlp.de/fileadmin/lsjv/Themen/Kinder/Downloads/Jugendarbeit_Jugendsozialarbeit/JArbeit_Pflichtaufgabe_Positionspapier.pdf] Letzter Zugriff: 19.12.2024
- Markard, Morus 2016: Der Psychologie Grenzen setzen – oder: Zur Therapeutisierung des Sozialen. In: Anhorn/Balzereit (Hg.): Handbuch Therapeutisierung und Soziale Arbeit. Wiesbaden, 225-248
- Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz 2015: 2. Kinder- und Jugend-Bericht Rheinland-Pfalz. Online unter: [https://jugend.rlp.de/media/pages/partizipation/materialien/da9ce5c934-1668675934/2._kinder_jugendbericht.pdf] Letzter Zugriff: 19.12.2024

- Schuhmacher, Nils/Schwerthelm, Moritz 2023: Über Komprimierungen – Reflexionen zu rechten und anderen Interventionen im Feld der Jugendarbeit. In: Widersprüche 167: Recht(s) belastend – Druck von rechts und Verhältnisse Sozialer Arbeit: 13-25

Tobias Burdukat

E-Mail: mail@tobias-burdukat.de

Jörg Kress

E-Mail: jrgkrss@freenet.de

Jonas Poehlmann

E-Mail: poehlmann@mja-sachsen.de